

Niederschrift über die 02. Sitzung der Stadtvertretung
am 15. April 2010 im Ratssaal des Rathauses, Am Markt 12
-Öffentliche Sitzung-

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.25 Uhr

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 01. Sitzung der Stadtvertretung
5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
6. Mitteilungen der Bürgervorsteherin
7. Mitteilungen des Bürgermeisters
8. Umbesetzung von Ausschüssen und Wahlstellen
9. Nachbesetzung in Gremien
10. Erfahrungs- und Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
11. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2009
12. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktstandsgebühren in der Stadt Mölln (Marktgebührensatzung)
13. Resolution zur geplanten Abschaffung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres vor Schuleintritt durch die Landesregierung
14. 1. Änderung des Tarifs über das Benutzungsentgelt der Kindergärten der Stadt Mölln „Till-Eulenspiegel-Kindergarten“ und Kindertagesstätte „Großer Eschenhorst“
15. 1. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule Mölln
16. Neufassung der Satzung (Benutzungsordnung) für die Stadtbücherei der Stadt Mölln
17. Kindertagesstättenfinanzierung,
hier: Finanzierungsvertrag mit der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde
18. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41.6.1 der Stadt Mölln für das Gebiet südlich des Gewerbegebietes am Delvenauweg, westlich des Grambeker Weges, nördlich des St. Florian-Weges, östlich der Bahntrasse;
hier: Satzungsbeschluss
19. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 der Stadt Mölln für das Gebiet südlich Vorkamp zwischen Bundesbahntrasse und Industrie-Straße und einem ca. 40m breiten Streifen nördlich Vorkamp;
hier: Satzungsbeschluss

20. Widmung von Straßen;
hier: Teilbereich der Danziger Straße (beginnend von Anbindung Posener Straße bis Kreuzung Memeler Straße) einschließlich Stichstraßen; Försterpfad, Jägerstieg, Lütauer Brede, Bromberger Straße
21. Landesentwicklungsplan 2010 – 2025;
hier: Resolution der Städte im Städteverband Schleswig-Holstein
22. Behandlung der Anträge der Fraktionen
23. Anfragen und Eingaben
24. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
25. Schließung der Sitzung

Anwesenheitsliste:

A) Stadtvertretung:

B) Verwaltung

CDU-Fraktion:

1. Ratsherr Hans-Hermann Albrecht
2. Ratsherrin Christiane Gehrman
3. Ratsherr Michael Kroll
4. Ratsherr Horst Kühl
5. Ratsherr Gerd Kühme
6. Ratsherr Ulrich Leppek
7. Erster Senator Sven Michelsen
8. Bürgervorsteherin Lieselotte Nagel
9. Ratsherr Bernd Schierstaedt
10. Ratsherr Jörg Steffen
- 11 Ratsherr Kay-Friedrich Voß
12. Ratsherrin Jutta Schlage – am 08.04.2010 verstorben-

Bürgermeister Engelmann
Herr Kohlrus
Herr Piron
Frau Jenner
Herr Wendland
Herr Pröve
Herr Thun
Herr Kuhmann
Frau Würdemann
Herr Ropers

SPD-Fraktion:

1. Ratsherr Karl-Heinz Harms
2. Ratsherr Niels-Christian Weis
3. Ratsherrin Kirsten Patzke
4. Ratsherrin Sylvia Richter
5. Ratsherrin Dagmar Rossow
6. Ratsherr Uwe Schlegel
7. Ratsherr Gerhard Steffen
8. Ratsherr Stephan Voß

Protokollführerin:

E.Spuler

Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion:

1. Ratsherrin Ulrike Drohm
2. Ratsherrin Regina Hälsig
3. Ratsherr Dr.Konstantin von Notz
4. Ratsherr Hans Schneider
5. Ratsherr Reimund Waldorf

FMW-Fraktion:

1. Ratsherr Udo Betz
2. Ratsherrin Rosemarie Büttner
3. Ratsherr Horst Flöter
4. Ratsherr Roland Schuhr - *fehlt* -

FDP-Fraktion:

1. Ratsherr Ralf Hinze
2. Ratsherr Ernst Jürgen Petri
3. Ratsherr Dieter Ruhland

C) Ausschließungsgründe gem. § 22 GO lagen vor

- zu TOP 19 für Ratsherrn Kühl
- außerdem waren die Ratsherrinnen Hälsig und Richter zu den TOP's 14
- und Ratsherrin Richter zu TOP 21 gem. Piering-Verfahren abwesend.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteherin Nagel eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsmäßige Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Frau Nagel in Dankbarkeit an das langjährige kommunalpolitische Engagement der am 8. April *verstorbenen Ratsherrin Jutta Schlage*. Sie weist darauf hin, dass Frau Schlage seit 1974 als dienstältestes Mitglied der Stadtvertretung ununterbrochen kommunalpolitisch in den verschiedensten städtischen Gremien aktiv war - teilweise als Vorsitzende bzw. stellv. Vorsitzende. Besonders hervorgehoben wird ihr Wirken in den Bereichen Jugend, Soziales, Bildung u. Sport, im Kuratorium Heinrich-Langhans-Stift, in den Aufsichtsräten von Industrie- u. Wohngelände Mölln GmbH und RMVB; als Ehrenbeamtin war sie in 2 Wahlperioden 2. u. 3. stellv. Bürgermeisterin. In 36 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit hat die Verstorbene bis zuletzt für Mölln viel mit auf den Weg gebracht und umgesetzt – obwohl gesundheitliche Probleme in letzter Zeit erkennbar waren.

Zur Erinnerung sowie in Anerkennung ihres jahrzehntelangen Wirkens erheben sich die Anwesenden für eine Gedenkminute von ihren Plätzen.

2. Einwohnerfragestunde

Hierzu liegt nichts vor.

3. Anträge zur Tagesordnung

gibt es nicht.

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 01. Sitzung der Stadtvertretung am 21. Januar 2010

Einwendungen gibt es nicht.

5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse

Auf den schriftlich vorliegenden Bericht v. 07.04.2010 wird verwiesen.

Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis. Wortmeldungen gibt es nicht.

6. Mitteilungen der Bürgervorsteherin

Die üblichen Geburtstagsglückwünsche werden an die Stadtvertreterinnen u. Stadtvertreter übermittelt.

7. Mitteilungen des Bürgermeisters
liegen nicht vor.

8. Umbesetzung von Ausschüssen und Wahlstellen

Aufgrund des Todes des bürgerlichen Mitgliedes Wilhelm Projahn sowie des Ausscheidens des bürgerlichen Mitglieds Axel Trense aus der SPD-Fraktion werden Ausschussumbesetzungen erforderlich.

Aufgrund des vorliegenden Antrags der SPD-Fraktion v. 14.04.2010 wird gewählt

- in den Forst- u. Grünflächenausschuss
anstelle von Axel Trense das bürgerliche Mitglied
Michael Otto

- in den Bauausschuss
anstelle von Wilhelm Projahn das bürgerliche Mitglied
Heike Bäumner-Hansen

- in den Finanzausschuss
anstelle von Heike Bäumner Hansen
das bürgerliche Mitglied
Christian Bendig

- als 2. stellv. Ausschussmitglied
anstelle von Christian Bendig Karl Schneider

Die Wahlen erfolgen einstimmig.

9. Nachbesetzung in Gremien

Verwiesen wird auf die Vorlage des Hauptamtes v. 29.03.2010 mit kurzen ergänzenden Erläuterungen durch den Vorsitzenden des Hauptausschusses, Ratsherrn Kühl.

Unter Hinweis hierauf fasst die Stadtvertretung folgenden Beschluss:

- a) Die Stadtvertretung entsendet ab 01.06.2010 in den Aufsichtsrat der Herzogtum Lauenburg Marketing & Service GmbH

Herrn Jan Wiegels

Gleichzeitig scheidet Bürgermeister Engelmann aus.

- b) Die Stadtvertretung entsendet ab 01.06.2010 als Gastdelegierten in die Mitgliederversammlungen des Städtebundes Schleswig-Holstein

Herrn Jan Wiegels

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

10. Erfahrungs- und Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Verwiesen wird auf den schriftlich vorliegenden 2. Tätigkeitsbericht vom 30.03.2010 - Januar bis Dezember 2009.

Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.
Von Vertretern aller Fraktionen wird das Engagement der Gleichstellungsbeauftragten Frau Edelgard Jenner gelobt und anerkannt verbunden mit einem Dankeschön für die bisherige gute Arbeit.

11. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2009

Die Vorlage des Kämmereramtes v. 05.02.2010 wird vom 1. stellv. Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ersten Senator Michelsen, mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht.

Von Ratsherrn Ruhland werden Auskünfte erbeten zu den Haushaltsstellen 56100/500100 – 30.000 € u.
63011/950000 – 72.000 €.

Bürgermeister Engelmann erläutert daraufhin die Notwendigkeit dieser überplanmäßigen Ausgaben.

Die Stadtvertretung fasst sodann folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung genehmigt für das Haushaltsjahr 2009 die überplanmäßigen Ausgaben im

- Verwaltungshaushalt in Höhe von 145.700 € und im
- Vermögenshaushalt in Höhe von 72.000 € gem. der der o.e.

Vorlage beiliegenden Zusammenstellung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

12. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktstandsgebühren in der Stadt Mölln (Marktgebührensatzung)

Unter Hinweis auf die Vorlage der Ordnungsabteilung v. 30.03.2010, die von Bürgermeister Engelmann eingebracht wird, fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung billigt die Gebührenkalkulation Märkte 2010 entsprechend der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage 1.

Die Stadtvertretung beschließt die „Satzung über die Erhebung von Marktstandsgebühren in der Stadt Mölln (Marktgebührensatzung)“ gem. des der o.e. Vorlage beigefügten Satzungsentwurfes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

13. Resolution zur geplanten Abschaffung des beitragsfreien Kindergartenjahres vor Schuleintritt durch die Landesregierung

Die Vorlage des Amtes für Jugend, Sport, Schule u. Kultur v. 07.04.2010 wird von der Vorsitzenden des Schul-, Sport-, Jugend- u. Sozialausschusses, Ratsherrin Patzke, mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht.

Ratsherrin Gehrmannt macht darauf aufmerksam, dass in der Sache selbst Einvernehmen besteht, jedoch die Formulierung im Beschluss anders gewählt sein müsse; Adressat sei nicht die Landesregierung. Sie bittet zur Klärung um eine Sitzungsunterbrechung, ggf. auch um ein gemeinsames Votum zu erreichen.

Die Bürgervorsteherin unterbricht daraufhin die Sitzung um 19.22 Uhr für 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung fasst die Stadtvertretung in Abänderung des Beschlussesentwurfes der o.e. Vorlage folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung fordert die Landesregierung/Landtag auf, die vor der Landtagswahl von der Großen Koalition getroffene Zusage für die Einführung eines beitragsfreien letzten Kindergartenjahres ab 2010 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

14. 1. Änderung des Tarifs über das Benutzungsentgelt der Kindergärten der Stadt Mölln „Till-Eulenspiegel-Kindergarten“ und „Kindertagesstätte Großer Eschenhorst“

Die Vorlage des Amtes für Jugend, Sport, Schule u. Kultur v. 01.04.2010 wird von der Vorsitzenden des Schul-, Sport-, Jugend- u. Sozialausschusses, Ratsherrin Patzke, mit ergänzenden Erläuterungen zur Begründung der vorgesehenen Beitragserhöhungen eingebracht.

Die anschließende kurze Erörterung zeigt, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt.

Im Ergebnis wird festgehalten, dass die CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Erhöhung in der vorgesehenen Form ablehnen bzw. sich der Stimme enthalten.

Zum Ausdruck kommt in der Erörterung auch, dass zukünftig eine Erhöhung im 3-Jahres-Rhythmus besser verständlich gemacht werden kann.

Nach Austausch der Meinungen u. abschließender Erörterung fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die 1. Änderung des Tarifs über das Benutzungsentgelt für die Kindergärten der Stadt Mölln gem. der der o.e. Vorlage beiliegenden Anlage.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen.

(In Abwesenheit der Ratsherrinnen Hälsig u. Richter gem. Piering-Verfahren).

15. 1. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule Mölln

Unter Hinweis auf die Vorlage des Amtes für Jugend, Sport, Schule u. Kultur v. 07.04.2010 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die der o.e. Vorlage beiliegende 1. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule Mölln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

16. Neufassung der Satzung (Benutzungsordnung) für die Stadtbücherei Mölln

Unter Hinweis auf die Vorlage des Amtes für Jugend, Sport, Schule und Kultur v. 07.04.2010 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die der o.e. Vorlage beiliegende Satzung (Benutzungsordnung) für die Stadtbücherei Mölln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

17. Kindertagesstättenfinanzierung
hier: Finanzierungsvertrag mit der Ev.-luth.Kirchengemeinde Mölln

Unter Hinweis auf die Vorlage des Amtes für Jugend, Sport, Schule u. Kultur v. 01.April 2010 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, den der o.e. Vorlage beiliegenden Finanzierungsvertrag mit der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Mölln abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

18. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41.6.1 der Stadt Mölln für das Gebiet südlich des Gewerbegebiets am Delvenauweg, westlich des Grambeker Wegs, nördlich des St. Florian-Wegs, östlich der Bahntrasse
hier: Satzungsbeschluss

Unter Hinweis auf die Vorlage des Stadtbauamtes v. 30.03.2010, die vom Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrn Schlegel, mit ergänzenden Erläuterungen eingebracht wird, fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41.6.1 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft:
Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister – Stadtbauamt- wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41.6.1 für das Gebiet südlich des Gewerbegebiets am Delvenauweg, westlich des Grambeker Wegs, nördlich des St.Florian-Wegs, östlich der Bahntrasse, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter von der Beratung ausgeschlossen.

19. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 für das Gebiet südlich Vorkamp zwischen Bundesbahntrasse und Industriestraße und einem ca. 40 m breiten Streifen nördlich Vorkamp
hier: Satzungsbeschluss

Beratung und Beschlussfassung in Abwesenheit von Rats Herrn Kühl gem. § 22 GO.

Die Vorlage des Stadtbauamts v. 30.03.2010 wird vom Vorsitzenden des Bauausschusses, Rats Herrn Schlegel, mit ergänzenden Worten eingebracht.

Unter Hinweis hierauf fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft:
Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach 84 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 für das Gebiet südlich Vorkamp zwischen Bundesbahntrasse und Industriestraße und einem ca. 40 m breiten Streifen nördlich Vorkamp, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO war Rats Herr Kühl von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen;
Er war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung anwesend.

20. Widmung von Straßen

Unter Hinweis auf die Vorlage des Stadtbauamtes v. 18.03.2010 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, die Straßenzüge:

- Teilbereich der Danziger Straße (von Anbindung Posener Straße bis Kreuzung Memeler Straße; Teilfläche aus dem Flurstück 10/31, 10/67, 10/68 und 10/69, Flur 13)
Anlage 1 zur o.e. Vorlage
- Försterpfad (Flurstück 10/40, Flur 13) Anlage 1 zur o.e. Vorlage
- Jägerstieg (Flurstücke 10/39 u. 75, Flur 13)
Anlage 1 zur o.e. Vorlage
- Lütauer Brede (Flurstück 10/37, Flur 13) Anlage 1 zur o.e. Vorlage
- Bromberger Straße (Flurstücke 10/38 u. 1/699, Flur 13)
Anlage 2 zur o.e. Vorlage

als **Ortsstraßen** im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziffer 3a des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) i.d. F. der Bekanntmachung v. 02.04.1996 (GVOBl. Schl.H. Seite 413), **ohne Beschränkung auf eine bestimmte Benutzungsart** für den öffentlichen Verkehr zu widmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

21. Landesentwicklungsplan;

hier: Resolution der Städte im Städteverband Schleswig-Holstein

// Verwiesen wird auf die Vorlage des Stadtbauamtes v. 29.03.2010 mit den Anlagen 1 und 2, die der Niederschrift beigelegt sind. Eingbracht mit ergänzenden Ausführungen wird die Vorlage vom Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrn Schlegel. Aus Zeitgründen konnte die Vorlage nicht im Bauausschuss behandelt werden. Es wird um ein Votum der Stadtvertretung gebeten.

Gegenstand einer ausführlichen Erörterung sind die o.e. Anlagen (Resolution sowie Antrag von CDU- u. FDP-Fraktion zur Landtagssitzung).

Die Meinungen zu einzelnen Inhalten werden ausführlich, teilweise kontrovers diskutiert und begründet.

Zusammengefasst wird im Ergebnis folgendes festgehalten:

- CDU- u. FDP-Fraktion lehnen die Resolution und damit die o.e. Vorlage mit dem Beschlussvorschlag ab.
- SPD- Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen signalisieren ihre Zustimmung;
- die FMW-Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

Zentraler Mittelpunkt bei der Diskussion ist die Frage, warum mit dieser Resolution jetzt angestrebt wird, zu dem ursprünglichen Entwurf des Landesentwicklungsplans zurückzukehren.

Von Ratsherrn Dr. von Notz wird Einzelabstimmung zu den Ziff. 1-3 der Resolution beantragt.

Nach Austausch der Meinungen erfolgt antragsgemäß die Einzelabstimmung, und zwar wie folgt:

„Deshalb fordert die Stadt Mölln mit Beschluss der Stadtvertretung v. 15.04.2010 die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf,

1. *zu dem ursprünglichen Entwurf des Landesentwicklungsplans zurückzukehren (unter Beachtung der bisherigen Stellungnahme der Stadt Mölln v. 21.08.2008, eingereicht am 17.09.2008).*

Abstimmungsergebnis:

19 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen.

2. *durch eine sachgerechte Landesentwicklungsplanung die richtigen Antworten für die Zukunft Schleswig-Holsteins zu finden.*

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

3. *für ein modernes Schleswig-Holstein mit Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz, Vorbeugung von Werteverlust, Lösungskonzepten für den demografischen Wandel und interkommunale Zusammenarbeit als landesplanerische Vorgaben einen klaren Entwicklungsrahmen zur Steuerung für die Kommunen zu schaffen und nicht auf das freie Spiel der Kräfte zu setzen.“*

Abstimmungsergebnis:

14 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen.

Unter Hinweis auf die o.e. Vorlage lässt die Bürgervorsteherin sodann insgesamt über folgenden

Beschluss abstimmen:

1. Die „Resolution der Städte im Städteverband Schleswig-Holstein zum Landesentwicklungsplan 2010-2025 des Landes Schleswig-Holstein“ wird in der beiliegenden Fassung beschlossen (Anlage 1).
2. Die Verwaltung wird um Übersendung der Resolution an die Landesregierung (Ministerpräsidenten und nachrichtlich an das Innen- u. Finanzministerium) gebeten.

Abstimmungsergebnis:

14 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen.

Damit ist der Beschlussvorschlag und somit auch die Resolution abgelehnt.

(In Abwesenheit von Ratsherrin Richter gem. Piering-Verfahren).

Zu den Punkten

- 22. Behandlung der Anträge der Fraktionen
- 23. Anfragen und Eingaben
- 24. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung

liegt nichts vor.

25. Schließung der Sitzung

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt die Bürgervorsteherin die Sitzung um 20.25 Uhr

Lieselotte Nagel
Bürgervorsteherin

Elke Spuler
Protokollführerin



Stadt Mölln
Der Bürgermeister

15. April 2010

**Resolution der Städte
im Städteverband Schleswig-Holstein
zum Landesentwicklungsplan 2010 – 2025
des Landes Schleswig-Holstein**

Präambel

Mehr als die Hälfte (55 %) der Einwohnerinnen und Einwohner in Schleswig-Holstein leben in Städten. In den zentralen Orten Schleswig-Holsteins leben rund 68 % der Bevölkerung. Die Städte in Schleswig-Holstein können auf eine historische gewachsene Struktur und eine lange Tradition kommunaler Selbstverwaltung mit einem ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagement zurückblicken. Alle Städte in Schleswig-Holstein erfüllen als Zentrale Orte und Stadtrandkerne wichtige Versorgungsaufgaben im Rahmen des zentralörtlichen Systems. Damit übernehmen sie zugleich wichtige Funktionen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Umlandes.

In den zentralen Orten Schleswig-Holsteins werden die wichtigsten Aufgaben und Chancen der Stadt- und Siedlungsentwicklung unter den Bedingungen des wirtschaftsstrukturellen, demographischen und sozialen Wandels zusammengeführt. Handel, Gewerbe und Dienstleistungen sind für lebenswerte zentrale Orte unverzichtbar. Die Innenstadt ist der Kristallisationspunkt einer zukunftsfähigen städtebaulichen Entwicklung und zugleich die Visitenkarte vieler zentraler Orte. Die Städte brauchen eine hohe Qualität von Einzelhandel, der Attraktivität für lebendige, sichere und saubere sowie gut erreichbare zentrale Orte schafft. Der Sicherung der Nahversorgung in den Innenstädten, Stadtteilen und Ortskernen kommt dabei vor dem Hintergrund des demographischen Wandels besondere Bedeutung zu. Es müssen die Voraussetzung geschaffen werden, damit die Menschen in Schleswig-Holstein

auch zukünftig noch über eine leistungsfähige Infrastruktur verfügen, um die wichtigen öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge in erreichbarer Nähe zu behalten.

Die Städte im Städteverband Schleswig-Holstein richten ihren dringenden Appell an das Land, die Funktionen der zentralen Orte in Schleswig-Holstein nicht zu gefährden.

Deshalb fordert die Stadt Mölln mit Beschluss der Stadtvertretung vom 15.04.2010 die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf,

1. zu dem ursprünglichen Entwurf des Landesentwicklungsplans zurückzukehren (unter Beachtung der bisherigen Stellungnahme der Stadt Mölln vom 21.08.2008, eingereicht am 17.09.2008)
2. durch eine sachgerechte Landesentwicklungsplanung die richtigen Antworten für die Zukunft Schleswig-Holsteins zu finden,
3. für ein modernes Schleswig-Holstein mit Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz, Vorbeugung von Werteverlust, Lösungskonzepten für den demografischen Wandel und interkommunale Zusammenarbeit als landesplanerische Vorgaben einen klaren Entwicklungsrahmen zur Steuerung für die Kommunen zu schaffen und nicht auf das freie Spiel der Kräfte zu setzen.

Begründung:

1. Stadt und Land sind keine Gegensätze, sondern bilden schon aufgrund der bestehenden Verflechtungsbeziehungen eine Einheit. An die Stelle einer für die zentralen Orte ruinösen Konkurrenz zwischen Stadt und Land muss eine umfassende interkommunale Zusammenarbeit treten, die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadtregion ist. Die Planungspolitik ist darauf auszurichten, dass die Stadtregion Schleswig-Holstein als Wohn- und Wirtschaftsstandorte gestärkt und damit auch die Zukunftschancen und Lebensqualität der Menschen verbessert werden. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum verfassungsrechtlichen Auftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes geleistet.
2. Um den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an den demographischen Wandel gerecht zu werden, den Einzelhandel und zentrale Versorgungsbereiche der Städte

zu stärken und nicht zuletzt den Herausforderungen des Klimawandels überzeugende Konzepte entgegenzustellen, brauchen die Städte einen Landesentwicklungsplan der nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sichert und die wirtschaftliche Entwicklung sozial und Ressourcen schonend gestaltet.

3. Der Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 17. März 2010 schwächt die Städte in Schleswig-Holstein als Motor der Entwicklung der Regionen. Er beendet alle Bemühungen um interkommunale Zusammenarbeit. Der Beschluss führt die Kommunen nicht zusammen, sondern reißt Gräben auf statt Brücken zu bauen zwischen den ländlichen Räumen und den Stadtregionen. Der Beschluss führt zu einem ruinösen Wettbewerb der Kommunen.
4. Sollte der bisherige Entwurf des Landesentwicklungsplanes wesentlich geändert werden, ist ein erneutes Anhörungsverfahren mit den kommunalen Gebietskörperschaften durchzuführen. Nur so kann die durch die kommunale Selbstverwaltungsgarantie geschützte Planungshoheit der Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein verfassungsgemäß berücksichtigt werden.